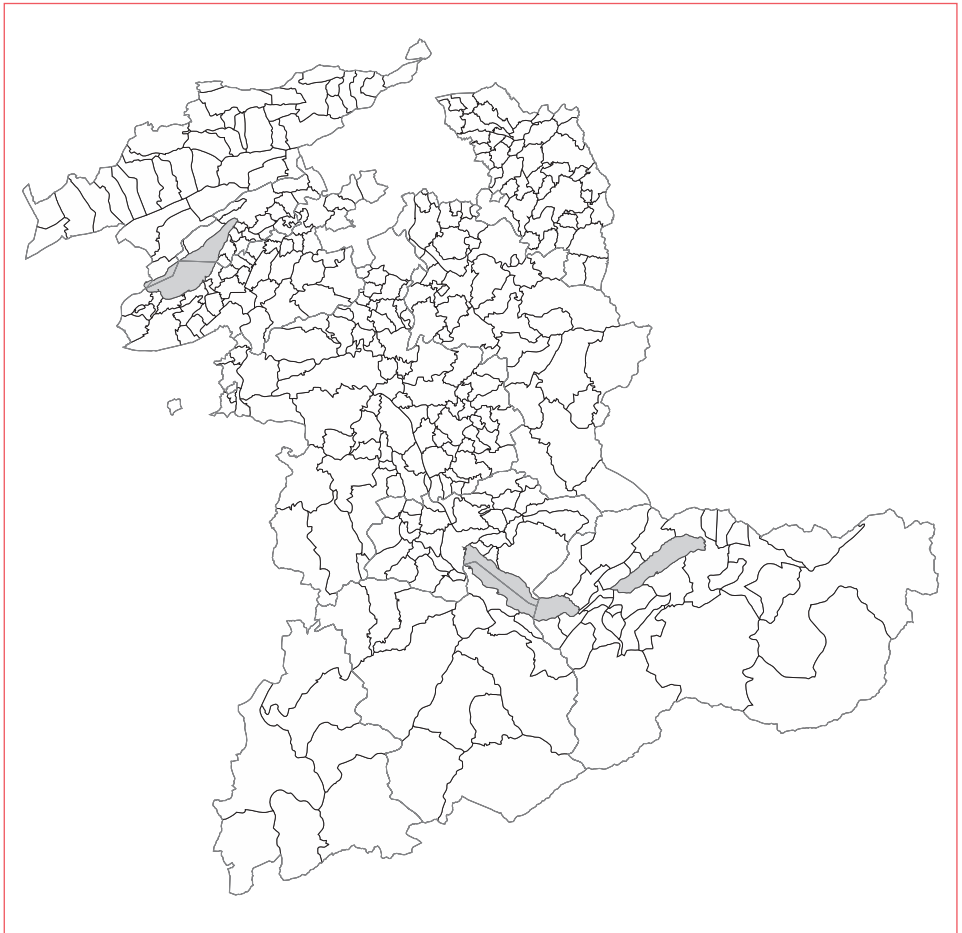


Verband Bernischer Gemeinden VBG
Association des Communes Bernoises ACB

INFO 2/2024



Denn ich vertraue einem engagierten Partner

Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit über 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner: Verband Bernischer Gemeinden VBG und die Previs.

www.previs.ch

previs 
Vorsorgen mit Durchblick

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten	2
Editorial du président	7
Wichtige Geschäfte	10
Les principaux dossiers en cours	17
Totalrevision Gemeindefusionsgesetz; Was ändert, was bleibt gleich?	23
Révision totale de la loi sur les fusions de communes : éléments nouveaux et outils éprouvés	29
Gemeinden und Kanton digital – Optimierung der Zusammenarbeit	36
Zoom sur les communes et le canton – Optimiser la collaboration	38
Porträt der Gemeinde Moosseedorf	40
Interview mit Gemeindepräsident Stefan Meier	48
Vorankündigung der Hauptversammlung des VBG 2025	50
Préavis pour l'Assemblée générale 2025 de l'ACB	51
Veranstaltungshinweise / Manifestations 2025	52

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG

Kornhausplatz 11, Postfach 568, 3000 Bern 8

Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64

vbg@recht-governance.ch

acb@recht-governance.ch

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Jürg Wichtermann

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzung

Roxane Jacobi, Biel/Bienne

Druck

Hansen Druck, 3011 Bern

Auflage

600 Exemplare

Redaktionsschluss Info 3 / 24

15. November 2024

VORWORT DES PRÄSIDENTEN



Daniel Bichsel
VBG-Präsident

Rankings und Umfragen – das wissen wir – sollten wir immer mit einer Portion Skepsis begegnen. Kürzlich sind allerdings zwei solche Studien veröffentlicht worden, die ein paar Minuten (oder auch ein bisschen mehr) Aufmerksamkeit verdienen. Dies deshalb, weil sie viel Interessantes (und viel Gutes) über Gemeinden erzählen. Weil sie aus vertrauenswürdigen Quellen stammen – man wird also nicht schon übermorgen wieder das Gegenteil behaupten können. Und weil aus ihnen interessante Schlüsse gezogen werden können.

Zuerst zur OECD: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Resultate zu ihrer aktuellen Umfrage zu den «Treibern des Vertrauens in öffentliche Institutionen» veröffentlicht. Die Studie hat die Bevölkerung in 30 (vor allem europäischen

und amerikanischen) Länder befragt. Sie wollte wissen, was ihre Erfahrungen mit und Erwartungen an öffentliche Institutionen sind. Vertrauen die Bürgerinnen und Bürger ihren nationalen und lokalen Regierungen und Verwaltungen noch? Und was sind die Gründe dafür, dass sie es (nicht) tun?

Die Resultate sind aus Schweizer Sicht erfreulich: In keinem anderen der untersuchten Länder ist das Vertrauen in die «Regierungen» – also auch in die Gemeinde-Exekutiven – so hoch wie in der Schweiz. Und: Das Vertrauen hat durch Finanzkrisen, Pandemien oder Klimaerwärmung bisher offensichtlich nicht gelitten. Ebenfalls in der Spitzengruppe findet sich die Schweiz, wenn es um die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Dienstleistungen der Verwaltung geht – nur in Luxemburg, Finnland und Estland sind die Leute noch einen Hauch zufriedener als hierzulande.

Die guten Noten für die öffentlichen Institutionen aller Staatsebenen in der Schweiz sind umso erfreulicher, als sie im Gegensatz zur Entwicklung in manchen anderen Ländern stehen, wo das Vertrauen in den Staat abnimmt. Was

sind die Gründe dafür, dass Verwaltungen und politische Gremien in der Schweiz auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene für eine grosse Mehrheit nach wie vor vertrauenswürdig sind? Die OECD sieht mehrere Gründe dafür. Als wichtigsten nennt sie die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, bei wichtigen politischen Entscheiden mitwirken zu können, also die Möglichkeit, auch in Sachfragen abstimmen zu können. (Dass die Schweiz gleichzeitig im Vergleich mit anderen Ländern sehr niedrige Stimmbeteiligungen ausweist, sieht nach einem krassen Widerspruch aus, aber es scheint den Schweizerinnen und Schweizern für ihre Zufriedenheit mit dem System zu genügen, dass sie immerhin die *Möglichkeit* gehabt hätten...)

Ein anderer Grund für eine hohe Zufriedenheit der Bevölkerung ist die Qualität der Dienstleistungen der Verwaltung. Auch hier besteht ein direkter Zusammenhang: Wer mit dem Service der Verwaltung zufrieden ist, hat regelmässig auch generell mehr Vertrauen in die politischen Institutionen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Schweizer Bevölkerung überwiegend (und stärker als in jedem anderen Land)

glaubt, dass die hiesigen Exekutiven die öffentlichen Dienstleistungen verbessern, wenn sie von vielen Leuten beanstandet werden – dass also die öffentlichen Institutionen durchaus willig und fähig sind, zu reagieren und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und dabei auch innovative Ideen aufzunehmen.

Das andere Ranking kommt aus Lausanne von der renommierten Wirtschaftshochschule IMD, die die Schweiz in ihrem Ranking der wettbewerbsfähigsten Staaten der Welt für das Jahr 2024 auf den zweiten Rang gesetzt hat (nur Singapur war besser). Interessant dabei: Die Schweiz brilliert nur bedingt im Bereich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wirklich «Top of the World» ist die Schweiz gemäss IMD, wenn es um die institutionellen Rahmenbedingungen, um die öffentlichen Finanzen und um die öffentlichen Infrastrukturen geht!

Nach so viel Anerkennung von unabhängiger und wissenschaftlicher Seite dürfen sich auch die Gemeinden und Städte – auch sie gehören zu den «öffentlichen Institutionen» – durchaus

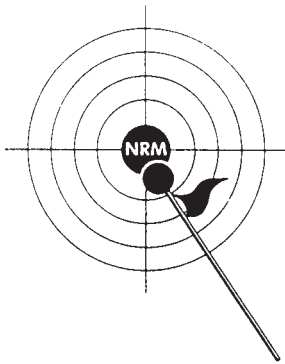
einen Moment freuen. Ganz offensichtlich macht die öffentliche Hand in diesem Land vieles richtig, und es scheint, als würden wir ein System pflegen, das durch seine vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten und seine Transparenz Vertrauen schafft.

Allzu lang sollten wir uns allerdings nicht ausruhen auf den Lorbeeren. Mit Rankings und Umfragen ist es wie immer: Im nächsten Jahr wird es neue geben. Wirklich gut sind jene, die die guten Resultate halten können. Und die Herausforderungen für die öffentliche Hand werden nicht kleiner.

Übrigens: Ein Hinweis, wie auch in der Schweiz die Zufriedenheit mit öffentlichen Dienstleistungen noch gesteigert werden könnte, findet sich in der OECD-

Studie durchaus: Bezüglich der Geschwindigkeit und der Leichtigkeit, wie gewisse Dienstleistungen erbracht werden, sieht der Bericht noch Luft nach oben. Manch einer mag dabei vielleicht unwillkürlich an gewisse Abläufe oder Verfahrensdauern denken, die einem selbst im Kanton Bern, der mit dem Charme einer gewissen Gemächlichkeit unterwegs ist, die Schweissperlen auf die Stirn treiben können...

Mit herzlichen Grüssen
Daniel Bichsel, Präsident



... der Treffer ins Schwarze!

NRM

... gefragt sind leistungsfähige, benutzerfreundliche sowie kostengünstige Lösungen für öffentliche Verwaltungen

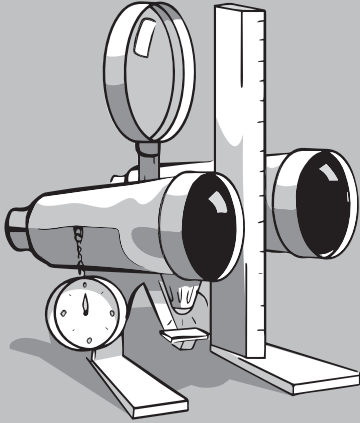
... unser Soft- und Hardware-Angebot deckt Einplatz- wie auch moderne, mehrplatzfähige Cloud-Lösungen ab

... wir beraten und unterstützen

- *Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden*
- *Schulen, Zweckverbände, Forstbetriebe, ARA, Wasserversorgungen, Wasserbauverbände, Schwellenkorporationen, usw.*

NRM AG, Gewerbestrasse 27, 4512 Bellach, Telefon +41 32 618 10 15
info@nrmag.ch, www.nrmag.ch

Software-Entwicklung, Beratung, Schulung



MANDATUM – sucht und findet

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

MANDATUM Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch



ROD TREUHAND

ROD Treuhand AG
Solothurnstrasse 22
3322 Urtenen-Schönbühl
Telefon 031 858 31 11
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

Revision
Stellvertretungen in Verwaltungen
Finanzplanung / Finanzanalyse
Buchführung

www.rod.ch

EDITORIAL DU PRÉSIDENT

Daniel Bichsel, président de l'ACB

Il faut toujours considérer les classements et les sondages avec un certain scepticisme, nous le savons. Cependant, deux études de ce type publiées récemment méritent quelques minutes d'attention (voire un peu plus). Parce qu'elles fournissent de nombreux éléments intéressants sur les communes (et en parlent en bien). Parce qu'elles proviennent de sources fiables – on ne pourra donc pas dire le contraire du jour au lendemain. Et parce qu'elles permettent de tirer des conclusions intéressantes.

Commençons par l'OCDE : l'Organisation de coopération et de développement économiques a publié les résultats de sa dernière enquête sur les « déterminants de la confiance dans les institutions publiques ». Elle a interrogé la population de 30 pays (principalement européens et américains). Le but était de connaître leur vécu et leurs attentes à l'égard des institutions publiques. Les citoyennes et citoyens font-ils encore confiance à leur gouvernement national et local ainsi qu'à leurs administrations ? Et quelles sont les raisons pour lesquelles ils le font (ou ne le font pas) ? Du point de vue suisse, les résultats sont réjouissants : dans aucun autre des pays

considérés, la confiance dans les « gouvernements » – à savoir aussi dans les exécutifs communaux – n'est aussi élevée qu'en Suisse. De plus, la confiance n'a manifestement pas été affectée par les crises financières, les pandémies ou le réchauffement climatique. La Suisse se trouve également dans le peloton de tête en ce qui concerne la satisfaction de la population à l'égard des services de l'administration ; seuls le Luxembourg, la Finlande et l'Estonie affichent une satisfaction encore un peu plus élevée que dans notre pays.

Les bonnes notes obtenues par les institutions publiques suisses à tous les niveaux de l'État sont d'autant plus réjouissantes qu'elles contrastent avec l'évolution de certains autres pays où la confiance est en baisse. Quelles sont les raisons pour lesquelles les administrations et les organes politiques en Suisse au niveau communal, cantonal et fédéral restent dignes de confiance pour une grande majorité ? L'OCDE voit plusieurs raisons à cela. Elle cite comme principale la possibilité pour les citoyennes et les citoyens de participer aux décisions politiques importantes, c'est-à-dire la possibilité de voter également sur des ques-

tions de fond. (Le fait que la Suisse affiche en même temps des taux de participation très faibles par rapport à d'autres pays paraît être une contradiction flagrante, mais il semble que les Suissesses et les Suisses se satisfont du fait que le système leur en offre la *possibilité...*).

Une autre raison pour laquelle la population est très satisfaite est la qualité des services de l'administration. Là encore, il existe un lien direct : les personnes qui en sont satisfaites ont généralement plus confiance dans les institutions politiques. Dans ce contexte, il est intéressant de noter que la population suisse pense majoritairement (et plus que dans tout autre État) que les exécutifs de notre pays améliorent les services publics lorsqu'ils sont contestés par de nombreuses personnes ; autrement dit, que les institutions publiques sont tout à fait disposées et capables de réagir et de répondre aux besoins de la population, tout en accueillant des idées innovantes. L'autre classement vient de Lausanne, du prestigieux institut de développement du management (IMD), qui a placé la Suisse en deuxième position dans son classement des pays les plus compétitifs du

monde pour 2024 (seul Singapour a fait mieux). Il est intéressant de noter que la Suisse ne brille que partiellement dans le domaine de la performance économique. Selon l'IMD, la Suisse est vraiment « Top of the World » lorsqu'il s'agit du cadre institutionnel, des finances publiques et des infrastructures publiques !

Après tant de reconnaissance de la part de sources indépendantes et scientifiques, les communes et les villes – qui font également partie des « institutions publiques » – peuvent elles aussi se réjouir un instant. De toute évidence, les pouvoirs publics de notre pays font beaucoup de choses correctement et il semble que nous entretenions un système qui inspire confiance grâce à ses nombreuses possibilités de participation et à sa transparence.

Mais nous ne devons pas nous reposer trop longtemps sur nos lauriers. Les classements et les sondages sont comme toujours : il y en aura de nouveaux l'année prochaine. Seuls les pays qui parviennent à maintenir leurs bons résultats sont vraiment bons. Et les enjeux auxquels sont confrontés les pouvoirs publics ne diminuent pas.

D'ailleurs, l'étude de l'OCDE donne une indication sur la manière dont la Suisse pourrait améliorer son taux de satisfaction à l'égard des services publics : le rapport estime qu'il y a encore une marge de progression en ce qui concerne la rapidité et la légèreté de certains services. D'aucuns penseront peut-être in-

volontairement à divers processus ou à la durée des procédures qui peuvent donner des sueurs froides, même dans le canton de Berne qui a le charme d'une certaine nonchalance...

Avec mes meilleurs messages
Daniel Bichsel, président



Car la taille est pour moi un critère de choix

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis plus de 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

www.previs.ch

previs
Quand prévoyance
rime avec transparence

WICHTIGE GESCHÄFTE

TOTALREVISION SHG – VERNEHMLASSUNG IM SOMMER/ HERBST 2024

Der Entwurf für ein totalrevidiertes Sozialhilfegesetz ist am 4. Juli 2024 in die Vernehmlassung geschickt werden. Stossend war, dass der VBG bis zur Eröffnung der Vernehmlassung keine Kenntnis über den konkreten Wortlaut der Totalrevision hatte. Dies notabene in einem kantonalen Erlass, der eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden regelt. Zwar ist der VBG zu einzelnen Teilfragen punktuell begrüsst worden und konnte sich zu einer möglichen Ausgestaltung eines Selbstbehaltmodells einbringen. Es ist trotzdem unüblich, dass die Gemeinden als unmittelbare Partner und in der direkten Verantwortung für den operativen Vollzug nicht unmittelbar in die Erarbeitung involviert wurden. Hier hat in der Zwischenzeit aber eine Aussprache mit den Verantwortlichen der GSI stattfinden können.

Wie bei Vorlagen mit einer hohen Relevanz für die Gemeinden üblich, wird der VBG alle Gemeinden im Rahmen einer Umfrage mit einbeziehen. Dabei werden

die Gemeinden die Gelegenheit erhalten, sich zum konkreten Entwurf der Vernehmlassungseingabe zu äussern.

BAUPOLIZEILICHE ANZEIGEN 5G-ANTENNEN – WEITERES VORGEHEN

Das Bundesgericht hat kürzlich erstmals einen Entscheid in der Frage gefällt, ob die Umrüstung einer bestehenden Mobilfunkantenne auf adaptive Antennen (wie dies insbesondere für 5G-Technologie gemacht wird) ohne Baubewilligung zulässig ist. Schweizweit sind solche Umrüstungen bestehender Antennen von den Baubewilligungsbehörden ohne neues Baubewilligungsverfahren toleriert worden. Das Bundesgericht kommt nun zum Schluss, dass auch solche Umrüstungen immer ein ordentliches Baubewilligungsverfahren durchlaufen müssen.

Im Kanton Bern sind ungefähr 400 solcher Antennen in Betrieb. Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) hat im Anschluss an das Urteil die Mobilfunkbetreiber aufgefordert, die adaptiven Antennen (bzw. den Korrekturfaktor) auszuschalten oder ein nachträgliches

Baugesuch für die Anlage einzureichen. Das Vorgehen entspricht einer Empfehlung der BPUK (Konferenz der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren aller Kantone). Der VBG hat Ende Juni in Absprache mit dem Amt für Umwelt und Energie (AUE), dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) und den Regierungsstatthalterämtern alle Gemeinden im Kanton Bern darüber informiert, wie mit den adaptiven Mobilfunkanlagen umzugehen ist, bei denen nach bisheriger Praxis ohne ordentliches Baubewilligungsverfahren ein Korrekturfaktor aufgeschaltet worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist den Gemeinden auch aufgezeigt worden, wie sie mit allenfalls bei ihnen eingereichten und bisher sistierten baupolizeilichen Anzeigen betreffend solche Mobilfunkanlagen Standorte verfahren können.

DIGITALE LANGZEIT- ARCHIVIERUNG FÜR GEMEINDEN

Das Gesetz über die Archivierung ist in zweiter Lesung einstimmig genehmigt worden. Dieses sieht in Artikel 15a vor, dass der Kanton ein digitales Langzeitarchiv für die gemeinsam genutzten

Applikationen bereitstellt und diesen Aufbau auch finanziert. Darüber hinaus wird der Kanton aber auch verpflichtet, dieses digitale Archiv den Gemeinden für deren eigenen Daten zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden müssen dafür besorgt sein, dass die abzuliefernden Daten die nötigen Vorgaben erfüllen. Die Gemeinden tragen dabei einzig die Kosten der Ablieferung und der Nutzung bzw. die Betriebskosten. Sie können jedoch von der kantonalen Archivlösung für die gemeinsamen Daten profitieren. Es ist ein wichtiger Meilenstein für die Gemeinden, dass diese Regelung nun im Gesetz verankert werden konnte, und eine wertvolle Hilfestellung mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung in den Gemeinden. Aktuell läuft seitens des kantonalen Staatsarchivs die Beschaffung dieser Archivlösung. Im Rahmen dieses Projektes werden sowohl die Kommunalverbände als auch Vertreter aus verschiedenen Gemeinden in vorbildlicher Weise aktiv mit einbezogen, so dass die Anliegen und Bedürfnisse der Gemeinden frühzeitig eingebracht werden können.

ANPASSUNGEN HRM2 – TEIL-REVISION DER GEMEINDEVERORDNUNG (ABSCHREIBUNGEN ETC.)

Beim Inkrafttreten der Bestimmungen über das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) wurde in Aussicht gestellt, dass nach vollständig erfolgter Umsetzung in allen gemeinderechtlichen Körperschaften eine Überprüfung sämtlicher HRM2-Vorschriften vorgenommen wird. Eine Arbeitsgruppe, in der auch der VBG und Gemeinden vertreten waren, hat den Anpassungsbedarf eruiert. In diesem Zusammenhang sind auch die Gemeinden im Rahmen einer Umfrage zu verschiedenen Fragestellungen um ihre Einschätzung gebeten worden. Der daraus resultierende Anpassungsbedarf wird nun im Rahmen einer Änderung der Gemeindeverordnung umgesetzt. Insbesondere sollen die zusätzlichen Abschreibungen aufgehoben und die Nutzungsdauern für Hochbauten angepasst werden. Dazu gibt es neue Vorgaben für die verkürzte Nutzungsdauer von Occasionen und Provisorien. Gleichzeitig wird die Gelegenheit wahrgenommen, in der Gemeindeverordnung verschiedene weitere

finanzhaushaltsrechtliche Bestimmungen zu präzisieren und geringfügige materielle Anpassungen für einen effizienteren organisatorischen Ablauf in der kantonalen Verwaltung und für die Umsetzung der neuen Gesetzgebung über die digitale Verwaltung vorzunehmen. Der Revisionsentwurf ist aus Sicht des VBG unbestritten.

AHV-ZWEIGSTELLEN: IST-ANALYSE IM RAHMEN DER REVISION EG AHVG

Die Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) hat an einer ersten Begleitgruppensitzung über den Stand des Revisionsprojekts EG AHVG informiert. Die Gemeinden sind von dieser Revision vor allem in Bezug auf die AHV-Zweigstellen direkt betroffen. In einer ersten Phase hat die DIJ eine Ist-Analyse vorgenommen. Dabei sind unter anderem auch die Kosten und die Leistungen der Zweigstellen analysiert und mit anderen Kantonen verglichen worden. Zwar sind die Leistungen nicht überall identisch. Es zeigt sich aber recht klar, dass die bernischen Zweigstellen im interkantonalen Vergleich teuer sind. Es ist des-

halb absehbar, dass es zu gewissen Veränderungen kommen wird. Bisher haben die Kommunalverbände allerdings den Eindruck, dass diese Veränderungen behutsam und kooperativ vorbereitet werden. Der Kontakt zum AHV-Zweigstellenleiter/innen-Verband und zum VBG wird gesucht. Das Projekt steht zudem unter keinem Zeitdruck, eine Umsetzung ist frühestens für 2028 vorgesehen.

SCHULÄRZTLICHER DIENST (SÄD): NEUES KONZEPT DER GSI

Die Gewährleistung des schulärztlichen Dienstes ist eine Gemeindeaufgabe, die auch von den Gemeinden finanziert wird. Aufgrund des Ärztemangels ist es allerdings für viele Gemeinden zunehmend schwierig geworden, überhaupt noch Ärztinnen und Ärzte zu finden, die bereit sind, diesen Dienst zu leisten. Es ist deshalb unabdingbar, dass neue organisatorische Strukturen eröffnet werden, welche es ermöglichen, diese Aufgabe überhaupt noch erfüllen zu können (und dies zu vertretbaren Kosten). Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) hat sich dem Thema

angenommen und ein Konzept erarbeitet, wie der schulärztliche Dienst in Zukunft aussehen könnte. Die Initiative ist an sich zu begrüßen. Leider erfolgte die Ausarbeitung des Konzepts aus Sicht des VBG ohne angemessenen Einbezug der kommunalen Ebene. Aus Sicht des VBG wäre es zielführender gewesen, vorab gemeinsam eine Analyse von möglichen Modellen mit entsprechenden Piloten durchzuführen. Die GSI ist nun daran, eine Revision der Verordnung über den schulärztlichen Dienst vorzubereiten. Positiv ist sicher zu bewerten, dass die Revision in organisatorischer Hinsicht versucht, die Möglichkeiten der schulärztlichen Versorgung zu öffnen und damit den Gemeinden mehr Spielraum zu geben. Der Verordnungsentwurf wird voraussichtlich im September in eine Konsultation bei den Gemeinden gehen. Da es um einen Inhalt geht, der die Gemeinden wesentlich betrifft, wird die Konsultation nach den gleichen Kriterien und Fristen wie eine Vernehmlassung durchzuführen sein. Im Rahmen der Konsultation wird seitens der Gemeinden vertieft zu prüfen sein, inwieweit zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Möglicherweise bildet diese Revision nur einen Zwischenschritt.

SOCIAL-MEDIA KAMPAGNE FÜR LEHRSTELLENBÖRSE

Als Unterstützung der Gemeinden bei der Lehrstellenbesetzung wurde im Sommer 2024 zum zweiten Mal eine Social-Media-Kampagne mit dem Imagefilm «Ausbildung auf der Gemeinde» durchgeführt. Die Bestrebungen der Gemeinden zur Lehrstellenbesetzung wurden durch eine bezahlte Online-Kampagne auf verschiedenen Social-Media-Kanälen aktiv unterstützt. Dabei wurden Kurzversionen des bereits bestehenden Imagefilms «Ausbildung auf der Gemeinde» direkt auf die Lehrstellenbörse und damit auf die konkreten Lehrstellausschreibungen der bernischen Gemeinden verlinkt. Auf verschiedenen Kanälen (Instagram, Youtube, Google etc.) wurde das Kurzvideo ganz konkret der Zielgruppe (14- bis 16-Jährigen im Kanton Bern und deren Eltern) zugespielt. Mit dieser Aktion kann mit überschaubarem Mitteleinsatz eine sehr grosse Reichweite erzielt werden.

NACHFÜHRUNG DER AMTLICHEN VERMESSUNG

Die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung ist eine Gemeindeaufgabe. Die Gemeinden können diese Aufgabe mit einer eigenen Dienststelle für Vermessung erfüllen. Die meisten Gemeinden übertragen die Aufgabe jedoch einem externen Nachführungsgeometer oder einer Nachführungsgeometerin. Die entsprechenden Aufträge müssen von den Gemeinden alle acht Jahre neu ausgeschrieben werden. Das kantonale Amt für Geoinformation (AGI) ist daran, die nächste Auftragsperiode 2026–2033 vorzubereiten. Die Gemeinden werden voraussichtlich im November 2024 mit einer BSIG-Information orientiert. Anschliessend müssen die Gemeinden die Ausschreibung vorbereiten und das entsprechenden Verfahren zur Auswahl des Nachführungsgeometers oder der Nachführungsgeometerin durchführen. Es lohnt sich für die Gemeinden, die Ausschreibungen – allenfalls auch gemeinsam – frühzeitig und sorgfältig anzugehen, da insbesondere im Beschwerdefall erfahrungsgemäss langwierige Verfahren nicht ausgeschlossen werden können.

VERNEHMLASSUNGEN

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG / BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage [begem.ch](https://www.begem.ch/vernehmlassungen) publiziert. <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>

Ihre Beschaffungsspezialisten für öffentliche Ausschreibungen



Mit unserer Erfahrung aus über 200 öffentlichen Verfahren unterstützen wir Sie in Ihrer nächsten Ausschreibung.

Ob Baudienst- oder Werkleistungen – effekt7 ist Ihr beschaffungsrechtlicher Sparringpartner.

Von der Strombeschaffungsstrategie bis zur Stromeindeckung – effekt7 ist Ihr Partner rund um das Thema Strom.



effekt7.ch | hallo@effekt7.ch | +41 76 297 42 43



Sie haben einen personellen Engpass? Wir verleihen Ihnen gerne unsere Profis!

Wir stellen Ihnen erfahrene und qualifizierte Fach- und Führungskräfte für temporäre Einsätze zur Verfügung. Gerne unterstützen wir Sie auch bei der Personalrekrutierung wie auch -einarbeitung. Als kompetenter Partner begleiten wir Sie – professionell, zuverlässig und effizient. Wir sind für Sie da und springen für Sie ein.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Personalverleih**
- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklung**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Projektmanagement**
- **Tagungen, Workshops, Moderationen, Klausuren**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

Federas Beratung AG, info.bern@federas.ch, www.federas.ch

Casinoplatz 2, 3011 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

RÉVISION TOTALE DE LA LASOC : PROCÉDURE DE CONSULTATION DURANT L'ÉTÉ/AUTOMNE 2024

Le projet de loi sur l'aide sociale entièrement révisée a été mis en consultation le 4 juillet 2024. Il est choquant que l'ACB n'a pas eu connaissance du texte concret de la révision totale avant l'ouverture de la consultation. En particulier lorsqu'il s'agit d'un acte législatif cantonal qui régleme-
tente une tâche conjointe du canton et des communes. L'ACB a certes été consultée ponctuellement sur des questions particulières et a pu apporter sa contribution à l'élaboration d'un possible modèle de franchise. Il est toutefois peu habituel que les communes, en tant que partenaires immédiates et responsables directes de l'exécution opérationnelle, ne soient pas étroitement impliquées dans l'élaboration du projet. Entre-temps, une discussion a eu lieu avec les responsables de la DSSI.

Comme il est d'usage pour les projets ayant un impact important sur les communes, l'ACB les impliquera toutes dans le cadre d'une enquête. Ainsi, les communes auront l'occasion de s'exprimer sur le projet concret soumis en consultation.

DÉNONCIATION EN MATIÈRE DE POLICE DES CONSTRUCTIONS CONCERNANT LES ANTENNES 5G ; SUITE DE LA PROCÉDURE

Le Tribunal fédéral a récemment rendu sa première décision sur la transformation d'antennes de téléphonie mobile existantes en antennes adaptatives (comme cela se fait notamment pour la technologie 5G). La question était de savoir si c'est autorisé sans permis de construire. Dans toute la Suisse, les autorités chargées de délivrer les permis de construire ont toléré de tels changements sans nouvelle procédure d'autorisation de construire. Le Tribunal fédéral arrive maintenant à la conclusion que même ce genre de transformations doit toujours faire l'objet d'une procédure ordinaire de permis de construire.

Environ 400 antennes de ce type sont exploitées dans le canton de Berne. Suite à ce jugement, l'Office de l'environnement et de l'énergie (OEE) a demandé aux opérateurs de téléphonie mobile de désactiver les antennes adaptatives (ou le facteur de correction) ou de déposer une demande de permis de construire a posteriori pour l'installation. Cette pro-

cédures a été recommandée par la DTAP (Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement). En accord avec l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT), l'OEE et les préfetures, l'ACB a informé fin juin toutes les communes bernoises de la façon de traiter les installations de téléphonie mobile adaptatives pour lesquelles un facteur de correction a été appliqué selon la pratique actuelle sans procédure ordinaire d'autorisation de construire. À cette occasion, elle leur a aussi indiqué comment traiter les éventuelles dénonciations en matière de police des constructions concernant de tels sites de stations de téléphonie mobile qui avaient été déposées chez elles et suspendues jusque-là.

ARCHIVAGE NUMÉRIQUE À LONG TERME POUR LES COMMUNES

La loi sur l'archivage a été approuvée à l'unanimité en deuxième lecture. Le nouvel article 15a dispose que le canton met à disposition des archives numériques à long terme pour les applications

utilisées conjointement et en finance la mise en place. En outre, le canton est également tenu de mettre à disposition des communes les archives numériques à long terme pour leurs propres données. Les communes doivent toutefois veiller à ce que les données remplissent les exigences de versement. Dans ce cas, elles supportent uniquement l'ensemble des coûts de versement et d'utilisation, c'est-à-dire les coûts d'exploitation. Elles peuvent cependant profiter de la solution d'archivage mise à disposition par le canton pour les données communes. Le fait que cette disposition ait pu être inscrite dans la loi constitue une étape importante pour les communes et une aide précieuse dans la perspective de leur numérisation croissante. L'acquisition de cette solution d'archivage est en cours du côté des Archives de l'État de Berne. Dans le cadre de ce projet, les associations communales ainsi que les représentants de différentes communes sont activement impliqués de manière exemplaire, de sorte que les préoccupations et les besoins des communes peuvent être pris en compte à un stade précoce.

MODIFICATIONS DU MCH2 : RÉVISION PARTIELLE DE L'ORDONNANCE SUR LES COM- MUNES (AMORTISSEMENTS, ETC.)

Lors de l'entrée en vigueur des dispositions relatives au modèle comptable harmonisé 2 (MCH2), il était prévu qu'une fois la mise en œuvre achevée dans toutes les collectivités de droit communal, toutes les dispositions du MCH2 fassent l'objet d'un réexamen. Un groupe de travail dans lequel l'ACB et les communes étaient représentées a évalué la nécessité de procéder à des modifications. Dans ce contexte, les communes ont aussi été priées de donner leur avis sur différents points lors d'une enquête. Le besoin d'adaptation qui en résulte est maintenant mis en œuvre dans le cadre d'une révision de l'ordonnance sur les communes. Les modifications porteront en particulier sur la suppression des amortissements supplémentaires et sur les durées d'utilisation des terrains bâtis. En outre, une durée d'utilisation réduite sera proposée s'agissant des biens d'occasion et des installations provisoires. Enfin, l'occasion a été saisie pour préciser d'autres prescriptions relatives à la gestion financière des com-

munes, pour procéder à des adaptations matérielles de portée mineure devant renforcer l'efficacité des processus administratifs ainsi que visant à mettre en œuvre la nouvelle législation sur l'administration numérique. Du point de vue de l'ACB, le projet de révision n'est pas contesté.

AGENCES AVS : ANALYSE DE LA SITUATION DANS LE CADRE DE LA RÉVISION DE LA LILAVS

La Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) a communiqué des informations sur l'état du projet de révision de la LiLAVS lors de la première séance du groupe d'accompagnement. Les communes sont directement touchées par cette révision, surtout en ce qui concerne les agences AVS. Dans un premier temps, la DIJ a procédé à une analyse de la situation. Celle-ci a notamment porté sur les coûts et sur les prestations des agences, qui ont été comparés avec la situation dans d'autres cantons. Naturellement, les prestations ne sont pas les mêmes partout. Il apparaît toutefois assez clairement que les agences bernoises sont chères en comparaison

intercantonale. Il est donc prévisible que certains changements interviendront. Cependant, les associations communales ont pour l'instant l'impression que ces changements sont préparés avec précaution et dans un esprit de coopération. Le canton cherche le contact avec l'ACB et avec l'Association bernoise des agents/agentes AVS. Du reste, aucune contrainte de temps ne pèse sur le projet, dont la mise en œuvre est prévue au plus tôt pour 2028.

SERVICE MÉDICAL SCOLAIRE : NOUVEAU CONCEPT DE LA DSSI

Assurer un service médical scolaire est une tâche communale que les communes financent elles-mêmes. En raison de la pénurie de médecins, nombre d'entre elles ont toujours plus de difficulté à trouver des doctresses et docteurs disposés à fournir ce service. C'est pourquoi il est indispensable de mettre en place de nouvelles structures organisationnelles qui permettront de remplir cette mission (et ce à un coût raisonnable). La Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration (DSSI) a pris le sujet à bras le corps et a

élaboré un concept sur ce que pourrait être le service médical scolaire à l'avenir. Il convient de saluer cette initiative. Malheureusement, l'ACB estime que ce concept a été élaboré sans prendre suffisamment en compte l'échelon communal : il aurait été plus pertinent d'effectuer au préalable ensemble une analyse des modèles possibles avec les essais pilotes correspondants. La DSSI s'est attelé à la révision de l'ordonnance concernant le service médical scolaire. Il est certainement positif que la révision tente, d'un point de vue organisationnel, d'ouvrir les possibilités en matière de médecine scolaire et d'offrir ainsi une plus grande marge de manœuvre aux communes. Le projet d'ordonnance sera vraisemblablement soumis en consultation au mois de septembre. Comme cette thématique concerne les communes au plus haut point, la consultation sera menée selon les mêmes critères et les mêmes délais que pour une procédure de consultation. À cette occasion, les communes devront examiner en détail s'il faut prendre des mesures supplémentaires. Il est probable que cette révision ne constitue qu'une étape intermédiaire.

CAMPAGNE SUR LES RÉSEAUX SOCIAUX POUR LA BOURSE DES PLACES D'APPRENTISSAGE

Afin d'aider les communes à occuper leur places d'apprentissage, une campagne a été menée cet été pour la seconde fois sur les réseaux sociaux avec le film promotionnel pour la formation dans les communes. Cette campagne en ligne, menée via différents médias sociaux, a permis de soutenir activement les communes dans leur recherche d'apprenties et d'apprentis. Des versions plus courtes du film promotionnel menaient par un lien direct vers la bourse des places d'apprentissage et vers les descriptifs détaillés des places proposées par les communes bernoises. Très concrètement, la brève vidéo a été publiée sur divers canaux (Instagram, YouTube, Google, etc.) en visant spécialement le groupe cible des 14 à 16 ans du canton de Berne et leurs parents. Cette action a une très grande portée avec des moyens modestes.

MISE À JOUR DE LA MENSURATION OFFICIELLE

La mise à jour permanente de la mensuration officielle incombe aux communes. Celles-ci peuvent mettre en place leur propre service pour accomplir cette tâche. Mais la plupart d'entre elles confient cette tâche à une géomètre conservatrice ou un géomètre conservateur externe. Les communes doivent lancer un nouvel appel d'offres tous les huit ans pour les contrats correspondants. L'Office cantonal de l'information géographique (OIG) est en train de préparer la prochaine période de mandat 2026–2033. Les communes recevront probablement des renseignements en novembre 2024 par le biais d'une parution ISCB. Ensuite, elles devront préparer l'appel d'offres visant à sélectionner un géomètre conservateur ou une géomètre conservatrice. Il vaut la peine pour les communes de se pencher sur les appels d'offres – éventuellement en commun – suffisamment tôt et avec soin, car l'expérience montre que des procédures longues ne sont pas à exclure, notamment en cas de recours.

CONSULTATIONS

Les prises de position des associations communales (ACB / CCB) sur les thèmes d'actualité concernés sont tou-

jours publiées immédiatement sur la page d'accueil du site web [begem.ch](https://www.begem.ch) sous : <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>



Gemeindearchive

Archivorganisation

Ordnungssysteme

Digitale Geschäftsverwaltung GEVER

ARCHIVDATEN.CH

archivdaten.ch GmbH
Schulhausstrasse 18
3086 Zimmerwald

info@archivdaten.ch
www.archivdaten.ch
Tel. 031 819 05 05

TOTALREVISION GEMEINDEFUSIONSGESETZ; WAS ÄNDERT, WAS BLEIBT GLEICH?



*Matthias Fischer,
wissenschaftlicher
Mitarbeiter DIJ,
Kordinator
Gemeindereformen
(lic.iur.)*

Am 4. Juni 2024 hat der Grosse Rat der Totalrevision des Gemeindefusionsgesetzes (GFG; BSG 170.12) deutlich zugestimmt. Damit tritt per 1.1.2025 ein überarbeitetes Instrumentarium zur materiellen Förderung von Gemeindefusionszusammenschlüssen in Kraft. Es löst das Gesetz aus dem Jahre 2005 ab.

Kernelement des totalrevidierten Gesetzes ist die gezielte Förderung von strategischen Fusionen mit dem neuen Instrument des Zentrumsbonus. Unbestritten ist die Freiwilligkeit, beibehalten wird die Möglichkeit, auch kleinere Zusammenschlüsse mit Förderbeiträgen zu unterstützen. Neu können Fusionsabklärungsbeiträge auch an Bürgergemeinden ausgerichtet werden.

Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die wichtigsten Ände-

rungen, geht aber auch auf die Weiterführung von bewährten Elementen der Fusionsförderung ein.

Das totalrevidierte Gesetz stellt den gesetzgeberischen Teil des Projekts «Weiterentwicklung der Fusionsförderung» dar. Ausgangspunkt sind die Leitsätze des Grossen Rates aus dem Jahr 2019: Bei der Beratung des Berichts des Regierungsrates «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern» wurde in Form von Leitsätzen gefordert:

- Erarbeitung eines Zielbilds in partizipativer Vorgehensweise
- gezielterer Ressourceneinsatz
- Förderung von Zentrumsfusionen
- aktivere Einflussnahme Kanton in den Projektprozessen
- konsequenter Einsatz der Durchsetzungs- und Zwangsinstrumente

Das Prinzip der (Beibehaltung der) Freiwilligkeit von Gemeindefusionszusammenschlüssen stand dabei als Prämisse über allem und wird weiterhin unverändert gelten.

Zur Umsetzung von Leitsatz 1, also der partizipativen Erarbeitung eines Ziel-

bildes mit Fusionsförderräumen, konnten zwischen Mai 2021 und Mai 2022 insgesamt 12 Workshops durchgeführt werden. Es liegen visualisierte Workshop-Ergebnisse vor. Sie dienen als Orientierungshilfe und zeigen auf, in welchen Räumen künftige Fusionsprojekte sinnvoll sein können. Die für jeden Verwaltungskreis erarbeiteten Berichte dienen als Hintergrundinformation zum revidierten Gesetz. Es handelt sich somit um Anwendungshilfen ohne rechtliche Verbindlichkeit.

Mit der Erarbeitung der Gesetzesvorlage wurde 2019 begonnen. Von Anfang an waren der VBG sowie eine Vertretung der Regierungsstatthalterämter in der Projektorganisation vertreten. Ab September 2022 wurde die Gesetzesvorlage zudem von einer breit zusammengesetzten Begleitgruppe unterstützt und reflektiert. Diese bestand aus Mitgliedern des Grossen Rates, aus Vertretungen des VBG, der Geschäftsleitung der Regierungsstatthalterämter, dem bernischen Gemeindekaderverband BGK sowie aus Vertretungen der (Planungs-)Regionen.

Ziel und Kernelemente der Totalrevision

Das totalrevidierte Gesetz bezweckt mit seinen Wirkungszielen auch weiterhin das Sicherstellen der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, die Stärkung der Gemeindeautonomie und die Unterstützung der kostengünstigen Aufgabenerfüllung. Bei der Fusionsförderung gilt – wie erwähnt – die Prämisse der Freiwilligkeit. Neben der finanziellen Unterstützung werden sämtliche Fusionsprojekte auch weiterhin fachliche Unterstützung und Begleitung durch den Kanton in Anspruch nehmen können.

Mit den folgenden drei «Kategorien» wird der bewährte Mix aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Staatsbeiträgen an umgesetzte Fusionen weitergeführt, aber gezielter eingesetzt:

- **Abklärungsbeitrag** (erfolgsunabhängig)
- **Fusionsbeitrag** von CHF 400'000 als Grundbeitrag auch für nicht strategische Fusionsprojekte (also ohne Beteiligung einer Zentrumsgemeinde)
- **Zentrumsbonus** als neues Instrument für strategische Fusionen (mit Beteiligung einer Zentrumsgemeinde)

Bewährter, erfolgsunabhängiger Abklärungsbeitrag

Diese Anschubfinanzierung wird unverändert weitergeführt. Politische Gemeinden, Kirchgemeinden und Gesamtkirchgemeinden sowie neu auch Bürgergemeinden und bürgerliche Korporationen können von Beiträgen an die Projektkosten von Fusionsabklärungen profitieren. Es können – auf Gesuch hin – maximal CHF 70'000 (bei einem Zweierprojekt) bis maximal CHF 120'000 (bei drei und mehr Gemeinden) ausgerichtet werden. Der Kanton beteiligt sich hälftig und in der Regel gestaffelt an den budgetierten Kosten. Sinn und Zweck dieses Beitrags bleibt das Mitfinanzieren von konkreten Fusionsabklärungen. Ausgerichtete Beiträge sind nicht rückzahlbar, wenn ein Fusionsprojekt abgebrochen wird oder scheitert.

Fusionsbeitrag zur Deckung von Umsetzungskosten

Erfolgsabhängig hingegen ist der Fusionsbeitrag, bisher als «Finanzhilfe» bezeichnet. Während bis anhin ein Pro-Kopf-Beitrag (CHF 400) mit der Bevölkerungszahl multipliziert wurde, ist neu ein fixer Grundbetrag für sämtliche umgesetzte Fusionen vorgesehen. Mit diesem Staats-

beitrag von pauschal CHF 400'000 sollen primär Umsetzungskosten gedeckt werden. Auch Kleinstfusionen mit weniger als 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern kommen in den Genuss dieser Unterstützung, wenn besondere Umstände vorliegen. Es können dies u.a. sein: Fehlende zusätzliche Fusionspartnerinnen oder topografische Limitationen. Unverändert bleibt der maximale Fusionsbeitrag an Kirchgemeinden in der Höhe von CHF 200'000. Die Berechnung erfolgt unter Berücksichtigung der finanziellen «Situation», der Anzahl Mitglieder der am Zusammenschluss beteiligten Kirchgemeinden sowie der Anzahl beteiligter Kirchgemeinden.

Neues Kernelement Zentrumsbonus für strategische Fusionen

Der Zentrumsbonus stellt das Kernelement dar. Es ist ein Förderinstrument für strategische Fusionen von Einwohner- und gemischten Gemeinden. Mit dem vorgesehenen Zentrumsbonus profitieren in Zukunft sowohl urbane, bevölkerungsstarke wie auch ländliche Zentrumsfusionen von gezielter finanzieller Unterstützung.

Die Erfahrung aus bisherigen Fusionsprojekten und der Blick über die Kantons-

grenze zeigt, dass der Begriff «strategisch» zahlreiche Aspekte beinhaltet.

Mit der Anknüpfung an die bestehende Zentralitätsstruktur nach kantonalem Richtplan sowie der Möglichkeit eines begründeten Nachweises, dass ein neu geschaffenes Gebilde eine Zentrumsfunktion wahrnehmen kann, wird ein flexibles und trotzdem berechenbares Förderinstrument geschaffen.

Ein Zentrumsbonus kann ausgerichtet werden, wenn

A: am Zusammenschluss eine Zentrums-gemeinde der 1. bis 4. Stufe gemäss kantonalem Richtplan beteiligt ist **oder**

B: die zusammengeschlossene Gemeinde nachweist, dass sie eine Zentrumsfunktion wahrnimmt.

Mit «Fall A» wird ein bewährtes strategisches Steuerungsinstrument als Basis herangezogen. Im Massnahmenblatt MB C_01 setzt sich der Richtplan detailliert mit der Zentralitätsstruktur der bernischen Gemeinden auseinander und legt entsprechende Kriterien fest. Diese werden nun auch für die Beurteilung der Unterstützungswürdigkeit von Gemeinde-zusammenschlüssen herangezogen.

«Fall B» schafft einen Alternativtatsbestand für Gemeinden, welche nicht im Katalog MB C_01 aufgenommen sind, aber infolge Fusion eine Zentrumsfunktion wahrnehmen bzw. nachweisen können. Hier kommen namentlich und nicht abschliessend in Frage: bestehende und/oder ausbaubare Dienstleistungen für andere Gemeinden im Mandat, Entflechtung von interkommunaler Zusammenarbeit oder auch die Rückübertragung von ausgelagerten Gemeindeaufgaben. Bei der Prüfung dieses Nachweises konsultiert die Direktion DIJ die zuständige Regionalkonferenz bzw. Planungsregion.

Die Berechnung des Zentrumsbonus besteht aus folgenden Elementen:

Erstens aus einer bevölkerungsabhängigen Grundpauschale abhängig von der Wohnbevölkerung der Gemeinde nach dem Zusammenschluss. Zweitens aus einem Zusammenlegungsfaktor, welcher Fusionsperimeter mit drei und mehr Gemeinden zusätzlich fördert (3. Gemeinde 1,2 / 4. Gemeinde 1,4 usw.). Für die Gemeinden ist damit berechenbar, mit welchem Zentrumsbonus (zusätzlich zum Fusionsbeitrag) ein Fusionsprojekt rechnen kann.

Die Elemente in der Übersicht:

Wohnbevölkerung	Grundbeitrag CHF
bis 5000 Personen	800'000
von 5001 bis 10'000 Personen	1'200'000
von 10'001 bis 30'000 Personen	1'500'000
ab 30'001 Personen	1'800'000

Zur Veranschaulichung kann folgendes Beispiel dienen, in welchem die Finanzhilfe nach heutigem Recht einem möglichen Staatsbeitrag ab 2025 gegenübergestellt wird. Zu einem allfälligen

Zentrumsbonus wird in jeden Fall der Fusionsbeitrag addiert. Im Maximum wird ein Zusammenschluss mit einem Staatsbeitrag von CHF 3,5 Mio. unterstützt.

Finanzhilfe – heute	Zentrumsbonus und Fusionsbeitrag – neu
Gemeinde mit knapp 4'000 E. (anrechenbar: 1'000) 3 kleine Gemeinden mit je 200 – 400 E. Totalbevölkerung 4'800 E.	Zentrumsgemeinde mit 3 kleinen Gemeinden Grundbeitrag von CHF 800'000 für fusionierte Gemeinde mit unter 5'000 E.
anrechenbare 1'800 E. x CHF 400 pro Person	x 1,4 (Zusammenlegungsfaktor 4 Gemeinden)
multipliziert mit Faktor 1,2 (4 Gemeinden)	plus Fusionsbeitrag von CHF 400'000
Totale Finanzhilfe von CHF 864'000	Total CHF 1'520'000

Vom neuen Instrumentarium profitieren sowohl ländliche wie auch urbane Fusionskonstellationen. Gefordert ist weiterhin die Eigeninitiative der betroffenen Gemeinden.

Abschliessend ist festzuhalten, dass sämtliche fusionsrelevanten Gesetzesgrundlagen namentlich in der Verfassung, im Gemeindegesetz und in der Gemeindeverordnung ab 2025 unverändert gelten. Nur im Bereich finanzielle Förderung

wird mit dem totalrevidierten GFG ein neuer Weg beschritten.

Zur materiellen Unterstützung sämtlicher Fusionsbemühungen wird die Direktion DIJ dem Grossen Rat im Sommer 2025 einen Rahmenkredit zum Beschluss unterbreiten.

Informationen zu Gemeindegemeinschaften sind verfügbar unter: <https://www.gemeinden.dij.be.ch/de/start/gemeindereformen.html>

VORANZEIGE

19. Politforum Thun 7./8. März 2025

Steigende Komplexität und sinkendes Staatsvertrauen «s isch kompliziert!»

Vertrauen ist die wichtigste Währung in der Politik. Umfassende Möglichkeiten der Teilhabe schaffen Vertrauen und sind ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche Stabilität. Doch wie steht es aktuell um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat? Wie gross ist das Problem wirklich?

Am Politforum wollen wir uns einen Überblick verschaffen. Anhand von



konkreten Beispielen lassen wir uns aufzeigen, wie Politikerinnen und Politiker durch ihr Handeln Vertrauen schaffen oder verspielen.

Eingebettet wird das in die bekannten Erfolgsfaktoren des Politforums Thun: der Gelegenheit zum Austausch, dem Humor und dem einen oder anderen Blick über die Grenzen des Themas hinaus.

Eine Anmeldung ist ab Oktober 2024 möglich.

**POLIT
FORUM**
THUN

RÉVISION TOTALE DE LA LOI SUR LES FUSIONS DE COMMUNES: ÉLÉMENTS NOUVEAUX ET OUTILS ÉPROUVÉS



*Matthias Fischer,
Collaborateur
scientifique DIJ,
Coordination du
projet «Réformes
communales»
(lic.iur)*

Le 4 juin 2024, une large majorité du Grand Conseil a voté en faveur de la révision totale de la loi sur les fusions de communes (LFCo; RSB 170.12). Ainsi, une nouvelle palette d'outils destinés à l'encouragement financier des fusions de communes entrera en vigueur le 1^{er} janvier 2025, remplaçant la loi datant de 2005.

L'encouragement ciblé des fusions stratégiques au moyen du nouveau bonus octroyé pour les fusions impliquant une commune centre constitue l'un des piliers de la révision totale. Le principe du libre choix n'est pas remis en question et la possibilité de soutenir financièrement des fusions de plus petite ampleur demeure. Les communes bourgeoises peuvent dorénavant elles aussi bénéficier d'une subvention en faveur d'une étude préliminaire.

Le présent document fournit un aperçu des principales modifications ainsi que

des instruments bien établis conservés dans la nouvelle législation.

La révision totale de la loi représente le volet législatif de la concrétisation du projet de développement du dispositif d'encouragement des fusions de communes, fondé sur les principes directeurs du Grand Conseil élaborés en 2019. En effet, lors du débat portant sur le rapport du Conseil-exécutif «Avenir du découpage géopolitique du canton de Berne», les exigences suivantes avaient été posées sous forme de principes directeurs:

- élaboration d'une vision stratégique selon un principe participatif,
- utilisation plus ciblée des ressources financières,
- encouragement de fusions impliquant une commune centre,
- influence plus directe du canton sur les processus des projets de fusion,
- recours systématique aux instruments de mise en œuvre et aux moyens de contrainte.

La volonté de conserver le principe du libre choix des fusions a présidé à toutes les réflexions et continue de fonder la

politique bernoise des fusions de communes.

L'élaboration, selon un principe participatif, d'une vision stratégique esquissant des périmètres propices à l'encouragement de fusions de communes, objet du premier principe directeur, a été réalisée entre mai 2021 et mai 2022 dans le cadre de douze ateliers. Les conclusions issues des ateliers ont été présentées de manière graphique. Elles fournissent un canevas de départ en montrant dans quels périmètres des fusions pourraient être pertinentes. Les travaux de révision de la loi se sont inspirés des rapports élaborés pour chaque arrondissement administratif. Ces conclusions doivent par conséquent jouer le rôle d'aide à l'application de la loi, sans toutefois avoir de statut contraignant.

Les travaux de révision ont débuté en 2019. Dès le départ, l'organisation de projet a compté dans ses rangs une représentation de l'Association des communes bernoises (ACB) ainsi que des préfectures. Dès septembre 2022, le projet de loi a fait l'objet d'une réflexion au sein d'un groupe de suivi représentatif,

composé de membres du Grand Conseil et de personnes représentant l'ACB, le Directoire des préfectures, l'association « Cadres des communes bernoises » ainsi que les conférences régionales et les régions d'aménagement.

Objectif et éléments-clés de la révision totale

La révision totale de la loi sur les fusions de communes poursuit toujours le but de garantir le caractère performant des communes, de renforcer l'autonomie de celles-ci et de favoriser la modicité des coûts des prestations communales. Comme il l'a déjà été mentionné, l'encouragement des fusions doit obéir au respect du principe du libre choix. Chaque projet de fusion continuera de pouvoir bénéficier non seulement d'un soutien financier mais également d'un accompagnement technique de la part du canton.

Les subventions se déclinent en trois catégories, qui comprennent comme jusqu'à présent des aides conditionnées par le résultat ainsi que des aides non conditionnées par le résultat. La nouvelle loi permet un engagement plus ciblé des subventions :

- **Subvention en faveur d'une étude préliminaire en vue d'une fusion** (fonds engagés indépendamment du résultat)
- **Subvention en faveur d'une fusion**, d'un montant de 400'000 francs versés à titre de contribution de base, destinée également aux projets de fusion non stratégiques (n'impliquant pas de commune centre)
- **Bonus pour une fusion impliquant une commune centre**, nouvel outil d'encouragement des fusions stratégiques (avec une commune centre)

Outil éprouvé non conditionné par le résultat : la subvention en faveur d'une étude préliminaire

Ce financement initial est maintenu. Les communes politiques, les paroisses et les paroisses générales ainsi que, dorénavant, les communes bourgeoises et les corporations bourgeoises, peuvent bénéficier d'une contribution aux coûts d'une étude préliminaire en vue d'une fusion. La contribution – octroyée sur demande – plafonne à 70'000 francs pour une fusion impliquant deux communes et à 120'000 francs pour une fusion impliquant au moins trois communes. Le canton contribue pour moitié et de manière

échelonnée aux coûts budgétés. Cette subvention doit servir au cofinancement d'études préliminaires concrètes en vue d'une fusion. Les montants versés ne doivent pas faire l'objet d'un remboursement lorsqu'un projet de fusion est abandonné ou échoue.

Subvention contribuant à couvrir les coûts de réalisation d'une fusion

En revanche, l'octroi d'une subvention en faveur d'une fusion, connue jusqu'à présent sous le nom d'« aide financière », est conditionné par le succès de la fusion. Jusqu'ici, un montant défini par personne (400 fr.) était multiplié par le chiffre de la population résidente. Dorénavant, un montant fixe est prévu pour toutes les fusions ayant abouti. Cette subvention cantonale forfaitaire de 400'000 francs doit contribuer principalement à couvrir les coûts de réalisation d'une fusion. Cet outil peut s'appliquer également aux fusions de très faible envergure impliquant moins de 1000 personnes, par exemple en l'absence d'autres partenaires potentiels pour une fusion ou lorsque la topographie empêche des fusions plus importantes. Le montant maximal octroyé aux paroisses reste de 200'000 francs. Le

calcul est effectué en fonction de la situation financière, du nombre de membres des paroisses impliquées ainsi que du nombre de paroisses impliquées.

Pièce maîtresse de la nouvelle loi : le bonus octroyé pour les fusions stratégiques

Le bonus accordé pour les fusions avec une commune centre constitue la pièce maîtresse de la révision. Il s'agit d'un outil favorisant les fusions stratégiques de communes municipales et de communes mixtes. Ce bonus est propre à encourager tant les fusions impliquant des communes urbaines fortement peuplées que celles impliquant des communes rurales.

Les expériences faites jusqu'à présent ainsi que les échos de fusions réalisées dans d'autres cantons montrent que la notion de « fusion stratégique » ne peut pas être strictement définie. Une telle fusion peut impliquer des communes centre faisant partie du réseau de centres spécifié dans le plan directeur, mais il est également possible qu'une entité issue d'une fusion puisse assurer le rôle de centre. Le bonus est par conséquent un outil flexible tout en restant maîtrisable.

Un bonus peut donc être octroyé lorsque :

A : une fusion implique une commune centre du 1^{er} au 4^e niveau selon le plan directeur cantonal **ou**

B : la commune issue de la fusion prouve qu'elle assume une fonction de centre.

Le « cas A » est fondé sur un outil de pilotage stratégique éprouvé. La fiche de mesure C_01 du plan directeur définit précisément le réseau de centres et spécifie les critères y relatifs. Ces derniers déterminent dorénavant s'il y a lieu d'octroyer le bonus à un projet de fusion.

Dans le « cas B », d'autres critères peuvent être invoqués lorsqu'une commune issue d'une fusion est capable d'assumer le rôle de centre sans pour autant figurer dans la liste de la FM C_01. À titre d'exemple, les critères suivants peuvent notamment entrer en ligne de compte : prestation de services, bien établie ou à développer (éventuellement sur mandat), en faveur d'autres communes, simplification de la collaboration intercommunale, reprise de tâches communales externalisées. Dans le cadre de l'examen de la preuve apportée par la commune,

la Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) consulte la conférence régionale ou la région d'aménagement compétente.

Le bonus pour les fusions impliquant une commune centre se compose de deux éléments : un forfait de base lié à la population résidante de la commune issue de la fusion ainsi qu'un facteur de

regroupement encourageant les fusions impliquant trois communes ou plus (ce facteur se monte à 1,2 pour trois communes, à 1,4 pour quatre communes, etc.). Les communes peuvent ainsi savoir à l'avance quel serait le montant du bonus octroyé pour un projet de fusion (versé en sus de la subvention en faveur d'une fusion).

Échelonnement de la contribution de base :

Population résidante	Contribution de base, en CHF
de 5000 personnes au plus	800'000
comprise entre 5001 et 10'000 personnes	1'200'000
comprise entre 10 001 et 30'000 personnes	1'500'000
de 30 001 personnes et au-delà	1'800'000

L'exemple ci-dessous compare les aides financières accordées actuellement avec les subventions cantonales disponibles dès 2025. Le bonus octroyé sous condition s'ajoute à la subvention en faveur d'une fusion versée sans condition. Le soutien financier accordé par le canton

pour une fusion peut atteindre un montant maximal de 3,5 millions de francs.

Aides financières actuelles	Bonus et subvention en faveur d'une fusion – nouveaux outils
Une commune comptant à peine 4000 habitantes et habitants (nombre imputable : 1000) Trois communes de 200 à 400 habitantes et habitants chacune Population totale : 4800	Commune centre avec trois petites communes Contribution de base de 800'000 fr. pour une commune issue d'une fusion comptant moins de 5000 habitantes et habitants
Population imputable : 1800 x 400 fr. par personne	x 1,4 (facteur de regroupement applicable à 4 communes)
Multiplication par facteur 1,2 (4 communes)	Contribution en faveur d'une fusion de 400'000 fr.
Total de l'aide financière : 864'000 fr.	Total : 1'520'000 fr.

Tant les communes rurales que les communes urbaines peuvent bénéficier de la palette d'outils d'aide aux fusions. Il incombe aux communes intéressées de prendre l'initiative.

Il convient de relever que toutes les bases légales applicables aux fusions de communes, notamment dans la Constitution ainsi que dans la loi et l'ordonnance sur les communes, conservent leur validité au-delà de 2025. Seul le domaine du soutien financier prend une nouvelle orientation, définie dans la LFCo totalement révisée.

À l'été 2025, la DIJ soumettra à la décision du Grand Conseil un crédit-cadre concernant le soutien matériel aux projets de fusion de communes.

De plus amples informations concernant les fusions de communes sont à disposition à l'adresse suivante : Réformes communales (be.ch).

Herausforderungen im Alltag? Wir bieten Ihnen ganzheitliche Lösungen aus einer Hand.

Seit 1997 unterstützen wir als neutraler Beratungsdienstleister schweizweit Bauherren und Liegenschaftsverwalter im Facility Management.

Unsere fundierte Expertise ermöglicht massgeschneiderte Lösungen für Entwicklung, Planung, Realisierung und Implementierung von FM-Leistungen entlang der SIA-Phasen bei Neu- und Bestandsbauten.

Mit unserem interdisziplinären Ansatz im planungs- und baubegleitenden Facility Management (pbFM) schliessen wir die Lücke zwischen Baufertigstellung und Betriebsaufnahme.

Unsere Kernkompetenzen sind Ihr NUTZEN.



- Planungs- und baubegleitendes Facility Management (pbFM)
- Kommunalbetriebskonzepte für Hausmeister-/ Werkhof- und Kommunalbetriebe
- Submissionen / Ausschreibungen
- Reinigungs- und Grünanlagenprojekte
- Datenerhebung / Katalogisierung
- Qualitäts-Audits

Wollen Sie uns besser kennenlernen?

Cleangreen Consulting GmbH | mail@cleangreen.ch | www.cleangreen.ch

Untere Grabenstrasse 26 | 4800 Zofingen | ☎ +41 31 832 10 30

GEMEINDEN UND KANTON DIGITAL – OPTIMIERUNG DER ZUSAMMENARBEIT

Studie soll Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden verbessern

Das Gesetz über die digitale Verwaltung regelt die Grundsätze der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und gilt nicht nur für die Kantonsverwaltung, sondern auch für die politischen Gemeinden. Mit einer Studie sollen bis Sommer 2024 erste Schritte für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Bern und den Berner Gemeinden in der digitalen Transformation geschaffen werden.

Die Bedeutung von E-Government und Digitalisierung im öffentlichen Sektor nimmt laufend zu, sowohl auf Führungsebene als auch im Bedarf von Bevölkerung und Verwaltungsangestellten. Zahlreiche Kantone, darunter der Kanton Bern, verfügen über eine Strategie digitale Verwaltung, die bei der Umsetzung der digitalen Transformation hilft. Die Bedürfnisse der Gemeinden nach Unterstützung und die Fragen der Gemeinden werden durch eine Strategie jedoch meist nicht ausreichend beantwortet.

Fehlende Anlaufstelle innerhalb der Gemeinden

Viele Gemeinden haben bereits grosse Schritte in Richtung Digitalisierung gemacht. Und gleichzeitig gibt es viele Prozesse und Dienstleistungen, die noch optimiert werden können. Auch auf Seiten der Kantonsverwaltung gibt es noch Möglichkeiten zur Verbesserung: so fehlt heute etwa eine eindeutige Anlaufstelle für die Gemeinden bei Anliegen zur Digitalisierung. Ebenso könnte die kantonsinterne Vernetzung der involvierten Ämter und Direktionen noch besser gelingen. Die Rolle des Verbands Bernischer Gemeinden (VBG) und allenfalls weiterer Interessenverbände (bspw. Kirchgemeindeverband) in der digitalen Transformation ist nicht abschliessend geklärt.

Eine Studie soll konkrete Vorschläge aufzeigen

Mithilfe einer Studie sollen im Rahmen einer Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden sowie dem Verband Bernischer Gemeinden bis Sommer 2024 konkrete Vorschläge erarbeitet werden,

die zu einer verbesserten Organisation und Unterstützung der Gemeinden sowie kantonalen Stellen führen. Dabei wird auch der Blick über die Kantons-grenzen hinaus gemacht und geprüft, welche Lösungen andere Kantone in der Zusammenarbeit umgesetzt haben.

Jürg Wichtermann, Geschäftsführer
Verband Bernischer Gemeinden (VBG)
Michael Kammerbauer, Leiter Geschäfts-
stelle Digitale Verwaltung Kanton Bern

b(w) Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung

bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

Papiermühlestrasse 65
3014 Bern
Tel. 031 330 19 90
www.bwdbern.ch

Gemeinde- und Verwaltungspersonal

- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindeglieder, Teil Diplomelehrgang
- Diplomelehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomelehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomelehrgang Gemeindeglieder/-in
- Einführung in die politische Gemeindeführung
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang für Mitarbeitende von Kirchengemeindegemeindegliedern
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration
- Kurs Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

Notariats- und Advokaturangestellte

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche
- Fachausweislehrgang für Notariatsangestellte
- Fachspezifische Weiterbildungskurse

Berufsbildner/-innen

- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

Zivilstandswesen

- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eidg. Berufsprüfung Zivilstandsbeamtin FA/Zivilstandsbeamter FA

Spezifische Seminare

- Grundkurs Digital Pioneer

Projektausbildungen im Auftrag

Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?

ZOOM SUR LES COMMUNES ET LE CANTON – OPTIMISER LA COLLABORATION

Améliorer la coopération entre le canton et les communes

La loi sur l'administration numérique règle les principes de la numérisation de l'administration publique et s'applique non seulement à l'administration cantonale, mais aussi aux communes politiques. Une étude doit permettre de réaliser, d'ici l'été 2024, les premières étapes d'une collaboration efficace entre le canton de Berne et les communes bernoises en matière de transformation numérique.

L'importance de la cyberadministration et de la numérisation dans le secteur public ne cesse de croître, tant au niveau de la direction que des besoins de la population et du personnel de l'administration. De nombreux cantons, dont le canton de Berne, disposent d'une stratégie d'administration numérique qui guide la mise en œuvre de la numérisation. Cependant, même si des choix stratégiques sont faits, ils ne répondent pas toujours suffisamment aux besoins de soutien et aux questions des communes.

Pas d'interlocuteur pour les communes

De nombreuses communes ont déjà fait de grands pas vers la numérisation. Malgré cela, il y a encore beaucoup de processus et de services qui peuvent être optimisés. Du côté de l'administration cantonale, il existe également des possibilités d'amélioration : il manque, par exemple, un point de contact clairement défini pour les communes en cas de questions relatives à la numérisation. De même, le travail en réseau des offices et des Directions impliqués pourrait être renforcé à l'interne. Le rôle de l'Association des communes bernoises (ACB), et éventuellement d'autres groupes d'intérêts (p. ex. l'Association des paroisses) n'est pas clairement défini en matière de transformation numérique.

Une étude doit présenter des propositions concrètes

Dans le cadre d'une collaboration entre le canton et les communes ainsi qu'avec l'Association des communes bernoises, une étude doit permettre d'élaborer, d'ici l'été 2024, des propositions con-

crètes pour améliorer l'organisation et le soutien des communes et des services cantonaux. Il s'agira également d'examiner les solutions mises en œuvre par d'autres cantons en matière de collaboration.

Jürg Wichtermann, directeur de l'Association des communes bernoises (ACB)
Michael Kammerbauer, chef du Secrétariat à l'administration numérique du canton de Berne



**ABPLANALP-
RAMSAUER AG**
Verwaltungsorganisation



Verwaltungsorganisation von A bis Z

Archiv und Geschäftsverwaltung

- ❖ Elektronische Geschäftsverwaltung GEVER
- ❖ Vorbereitung digitale Langzeitarchivierung
- ❖ Akten- und Registraturplan
- ❖ Archivreorganisation
- ❖ Historisches Archiv

**Beratung und Coaching
Stellvertretungen**



Abplanalp-Ramsauer AG +41 31 710 10 55
Verwaltungsorganisation info@abplanalp.ch
Langnaustrasse 15 www.abplanalp.ch
3533 Bowil www.archiv.ch



PORTRÄT DER GEMEINDE MOOSSEEDORF



HERZLICH WILLKOMMEN IN MOOSSEEDORF

Eine Gemeinde lebt von ihren Menschen, ihrer Infrastruktur und ihrer Geschichte. Diese drei Faktoren zusammen machen eine Gemeinde erst zu

einer lebenswerten Gemeinschaft. Moosseedorf ist eine lebenswerte Gemeinschaft. Die mittelgrosse Gemeinde mit 4'200 Einwohner/innen liegt rund 8 km nordöstlich der Kantonshauptstadt Bern, im Amtsbezirk Bern – Mittelland. Moosseedorf zeichnet sich aus durch die ideale Lage, dem einzigartigen Naherholungsgebiet und den vielfältigen Familien-, Schul- und Freizeitangeboten. Mit der guten Infrastruktur, den vielseitigen Einkaufsmöglichkeiten und den vielen Arbeitsplätzen ist Moosseedorf eine moderne Gemeinde in der Agglomeration Bern.



AUSSERGEWÖHNLICH HISTORISCH

Der Moossee ist durch den Rhonegletscher entstanden. Die grösste Ausdehnung des Gletschers war 20'000 vor Christi Geburt. Die Dicke der Eisschicht betrug damals rund 250 m (zweimal die Höhe des Berner Münsters). Das Gebiet von Moosseedorf war schon früh besie-



delt. Ausgrabungen weisen nach, dass bereits 12'000 vor Christi Geburt Rentierjäger am Moossee lebten. Das Moosbühl ist eine der wichtigsten Siedlungsstellen der gesamten Altsteinzeit in der Schweiz mit über 70'000 gefundenen Silices. 8000 Jahre später gab es zwei Pfahlbauerstationen am West- und Ostufer



vom Moossee. Beim Bau des neuen Strandbades kam der bis heute älteste in der Schweiz gefundene Einbaum zum Vorschein. Dieser wurde aufwändig restauriert und befindet sich heute im wohl kleinsten Aussenmuseum der





Moossee. Als trauriges Kapitel der Berner Geschichte hat Moosseedorf die Schlacht am Grauholz 1798 erlebt. Im Morgenrauen des 5. März waren im Sand die ersten Kanonenschüsse zu hören. Das alte Bern ging verloren.

AUSSERGEWÖHNLICH AUFSTREBEND

Schweiz am Badweg unweit der Fundstelle in Moosseedorf. Zu schweizweiter Bekanntheit kam diese Zeitpoche durch das SJW-Heft die Pfahlbauer vom

Die Einwohnerzahl hat sich zwischen 1970 und 1990 vervierfacht. Das besinnliche Dorf hat sich in dieser Zeit zu einer modernen Agglomerationsgemeinde entwickelt. Die Nähe zur Haupt-



stadt und die guten Verkehrsanbindungen machen Moosseedorf zu einem interessanten Wirtschaftsstandort mit 4000 Arbeitsplätzen.

AUSSERGEWÖHNLICH IM ANGEBOT

Im Gewerbegebiet Moosbühl/Moosmatt befinden sich verschiedene Einkaufszentren. Hier kann alles gekauft werden, was das Herz begehrt. Das Shopyland ist mit seinen über 80 Geschäften eines der grössten Shoppingcenter der Region Bern-Mittelland und seit 1975 eine beliebte Einkaufsdestination. Im Herbst 2024 wird das neue Logistikzentrum der Migros Aare in Betrieb genommen. Es ist eines der modernsten Logistikzentren der Schweiz.

AUSSERGEWÖHNLICH PRAKTISCH UND NAH

Moosseedorf ist stolz auf die zahlreichen Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe im Dorf. Für das kulinarische Wohl sorgen die beliebten Restaurants im Dorf und am Moossee. An der Eichenstrasse gibt es

einen grossen Landwirtschaftsbetrieb mit einer der modernsten Muttertierhaltung und einem Melk- und Fütterungsroboter.

AUSSERGEWÖHNLICH LEBENSWERT

In Moosseedorf lässt es sich in verschiedenen Wohnformen gut leben. Im Moosbühl entsteht in den nächsten Jahren eine grosse Überbauung mit ver-



schiedenartigen divers angeordneten Wohnangeboten. Verkehrstechnisch ist Moosseedorf gut erschlossen. In nur 12 Minuten Fahrzeit erreicht man mit der Bahn den Bahnhof Bern. Wer mit dem Auto unterwegs ist, profitiert vom Autobahnanschluss vor der Haustüre und



den direkten Verbindungen nach Bern, Biel, Basel und Zürich. Eine nationale Veloroute und verschiedene Freizeit-

routen durchqueren Moosseedorf. Jung und Alt schätzen das beschauliche, 2011 renovierte Strandbad am Moossee. Rund um den See führt der 3,6 km lange Uferweg mit Aussichtshügel und Plattform am See. Dieser lädt viele Besuchende zu einem gemütlichen Spaziergang ein. Regionaler Anziehungspunkt ist der Golfpark Moossee mit einer modernen 18-Loch Anlage. Von der Anhöhe im Hofwil kann eine schöne Sicht auf die beiden Seen genossen werden. Hier entstand 1923 das bekannte Volkslied «Lueget vo Bärg u Tal».



AUSSERGEWÖHNLICH NATURNAH

Der Moossee ist nicht bodenlos, er hat auch keine unterirdischen Abflüsse und schon gar keine menschenfressenden Hechte, wie der Volksmund früher dachte. Der kleine und grosse Moossee sind das Naherholungsgebiet von Moosseedorf und Umgebung schlechthin. Eine Stiftung, gegründet aus den Gemeinden Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl und dem Fischereiverein Moossee hat 2022 die Nutzungsrechte am Moossee erworben. Die Stiftung hat zum Ziel, den öffentlichen Zugang zum See für die Bevölkerung zu sichern und ein nachhaltiges Fischen zu ermöglichen. Am Moossee soll in den nächsten Jahren das Fischzentrum Schweiz analog der Vogelwarte Sempach entstehen.

AUSSERGEWÖHNLICH VIELSEITIG

Moosseedorf gehört zur Kirchgemeinde Münchenbuchsee. In der kompakten Schulanlage Staffel sind alle Schulklassen untergebracht. Alle familienergänzenden Angebote wie Spielgruppe, KiTa und Tagesschule sind gut ausgebaut und organisatorisch in den Bil-

dungsbereich der Gemeinde integriert. Damit wird eine optimale Vernetzung im Sinne der Frühförderung erreicht. Die Kinder und Jugendlichen werden durch die regionale Fachstelle Kinder- und Jugendarbeit rekja und die Schulsozialarbeit begleitet. Für die ältere Generation hat es einen Alterstreff und hindernisfreie Wohnungen. Der Betriebsverein sorgt für spannende Aktivitäten. Von Bedeutung ist weiter die Stiftung Tannacker mit Wohn- und Beschäftigungsprogrammen für erwachsene Menschen mit Beeinträchtigung. Die Gemeinde Moosseedorf ist daran, in der Liegenschaft Sandstrasse 5 ein Haus der Begegnung für Kultur, Jugend und Vereine zu schaffen. Beim Strandbad



entsteht eine öffentliche Skate- und Pumptrackanlage.

AUSSERGEWÖHNLICH ENGAGIERT

In Moosseedorf wird eine aktive und lebendige Gemeindepolitik gelebt, welche von sachpolitischen Diskussionen und Entscheiden geprägt ist. Der Gemeinderat besteht aus 7 Mitgliedern. Die Finanzlage ist mit einer Steueranlage von 1.38 Einheiten gut. Moosseedorf ist seit 2004 Energiestadt und steht für die Förderung von erneuerbaren Energien und Biodiversität in der Gemeinde. Die Vision 2032 verfolgt eine Strategie der massvollen Entwicklung mit gesunden Finanzen. Schwerpunkte sind: Naherholung – Natur erleben, Förderung von Freizeit, Bewegung, Spiel und Sport

für jedes Alter, neue und bessere Durchwegung für Fussgänger und Velo, wirtschaftliche und bauliche Entwicklung gegen innen, strukturierte Bildungseinrichtungen. Die Gemeindeverwaltung Moosseedorf bietet ein vielseitiges und gutes Dienstleistungsangebot. Die 8 Mitarbeitenden und 3 Auszubildenden arbeiten kunden- und wirkungsorientiert zum Wohle der Bevölkerung. Die Verwaltung führt auch Arbeiten im Mandat für andere Gemeinden der Umgebung aus. Moosseedorf praktiziert das Geschäftsleitungsmodell. Insgesamt stehen rund 80 Personen für das Wohl der Gemeinde im Einsatz.

Kommen Sie nach Moosseedorf – wir freuen uns sehr und heissen Sie herzlich willkommen.

FP Finances Publiques
AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Die FP Finances Publiques AG unterstützt

**Städte | Gemeinden | Burgergemeinden | Kirchengemeinden |
Gemeindeverbände | weitere Körperschaften**

mit den Dienstleistungen

**Beratung | Projektleitung | Rechnungsprüfung |
Stellvertretungseinsätze | Verwaltungsführung**

Gerne sind wir auch für Sie da!

FP Finances Publiques AG für Finanzen und Organisation | Langnaustrasse 15 | 3533 Bowil | Tel. 031 711 03 04 | info@fpag.ch | www.fpag.ch

eGeKo Die einfachste Schweizer GEVER für Gemeinden



- ✓ Automatisch archivieren
- ✓ Ihre Daten sicher gehostet im Kanton Bern
- ✓ Mail-Flut eindämmen
- ✓ Einfach mit Externen zusammenarbeiten
- ✓ Elektronische Aktenauflage
- ✓ Operative Gemeinderäte einbinden
- ✓ DVG und DVV des Kantons Bern
(seit März 2023 in Kraft) rasch erfüllen

Bitte QR-Code scannen für kostenlose Web-Demo
+41 44 244 48 50 | bernergemeinde@egeko.ch



INTERVIEW MIT GEMEINDEPRÄSIDENT STEFAN MEIER



Welches ist Ihr ganz persönlicher Lieblingsort in Moosseedorf?

Da gibt es nicht nur einen. Moosseedorf hat einige schöne Orte, an denen ich mich gerne aufhalte. Den See, die Wälder, den Golfplatz. Alles schöne Naherholungsgebiete. Und natürlich unser Zuhause, das wir nun schon in vierter Generation bewohnen.

Welche grösseren Herausforderungen hat die Gemeinde Moosseedorf in nächster Zeit zu bewältigen?

Da ist sicher die Schulraumplanung, die mit hohen Kosten verbunden sein wird. Die neue grosse Überbauung Moosbühl, die in ein paar Jahren die Einwohnerzahl von Moosseedorf erhöhen wird. Und sicher die damit verbundenen Finanzen, die sehr gut im Auge behalten werden müssen. Eine grosse Herausforderung ist sicher auch das respektvolle Zusam-

menleben zwischen den unterschiedlichsten Menschen in der Gemeinde.

Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepresident speziell am Herzen liegt?

Das ist sicher unsere Vision 2032, unter anderem mit einem geplanten Park für die Bevölkerung im Moosbühl, das geplante Fischzentrum Schweiz (ähnlich Vogelwarte Sempach), die neue Skate- und Pumptrackanlage und neuem Jugendhaus beim Strandbad und unser Begegnungszentrum. Noch zu erwähnen ist unser jährlicher Aktionsmonat «Respektvolles Miteinander».

War Ihre Gemeinde schon direkt vom Fachkräftemangel betroffen?

Vor allem in der Schule und in Arbeitsbereichen mit unregelmässigen Arbeitszeiten ist es schwierig. Ansonsten sind wir noch nicht stark betroffen.

Was an Ihrem politischen Amt macht Ihnen am meisten Freude, was empfinden Sie eher als Last?

Der Austausch und die Arbeit mit und für die Bevölkerung. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung. Der regionale Austausch unter den Gemeinden und dem Kanton.

Die Herausforderung die Gemeinde weiter entwickeln zu können und noch vieles mehr.

Als nicht vollamtlicher Gemeindepräsident die Vereinbarung zwischen Beruf und Amt. Die oft langwierigen Verfahren für aus unserer Sicht Kleinigkeiten.

Die sehr hohe Erwartungshaltung unserer Gesellschaft.

Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für die Gemeinde Moosseedorf wünschen?

Schnellere Verfahrensabwicklungen vor allem in Planungsgeschäfte auf Stufe Kanton.

Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepräsident in Ihrem Alltag den VBG wahr?

Durch die Broschüre des VBG und der Durchführung von Anlässen.

VORANKÜNDIGUNG DER HAUPTVERSAMMLUNG DES VBG 2025

Vorankündigung

Die Hauptversammlung des Verbandes
Bernischer Gemeinden findet statt am

20. Juni 2025 in Kirchberg

Wir bitten Sie, dieses Datum bereits heute zu reservieren. Die Versammlung findet in der zweiten Morgenhälfte mit anschliessendem Stehlunch statt. Die

definitive Einladung mit den Unterlagen erhalten Sie anfangs 2025 mit der ersten Ausgabe des VBG Infos.

PRÉAVIS POUR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE 2025 DE L'ACB

Préavis

La prochaine Assemblée générale
de l'ACB aura lieu le

20 juin 2025 à Kirchberg

Nous vous prions de bien vouloir réserver cette date. L'assemblée se déroulera durant la seconde moitié de la matinée et sera suivie d'un buffet dînatoire. Vous

recevez l'invitation définitive et la documentation correspondante avec le numéro 1/2025 de l'ACB-Info.

VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2025

Politforum Thun	07./08.03.2025	Thun
HV Verband Bernische AHV- Zweigstellenleiterinnen und -leiter Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS	16.05.2025	Thun
HV Bernisches Gemeindegader BGK Assemblée générale des cadres des communes bernoises CCB	06.06.2025	Magglingen
HV Verband Bernischer Gemeinden Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise	20.06.2025	Kirchberg
HV Verband Bernischer Steuer- verwalterinnen und Steuerverwalter	22.08.2025	

N / I I \ / A C

Ganzheitliche Strategie- und Projektentwicklung für Mensch und Raum

Ihre Herausforderungen

Projekte müssen dringend umgesetzt werden – Ihnen fehlt die Zeit, das Knowhow oder Sie sind selbst betroffen und brauchen eine Aussensicht. Sie müssen Kosten reduzieren, Erträge steigern und/oder haben einen hohen Investitionsdruck. Die Lösungen dazu bedingen einen breit abgestützten Konsens, welcher mehr Partizipation und damit verbunden neue Kompetenzen der Behördenmitglieder und Mitarbeitenden fordert.



Jürg Marti
Betriebsökonom FH,
Geschäftsführer der
MMC Partners GmbH

Ehemaliger Gemeindepräsident
von Steffisburg, Grossrat des
Kantons Bern und ehemaliges
Mitglied im Vorstand des
Schweizerischen Gemeinde-
verbands

Unsere Motivation und Leistungen

Gemeinsam erarbeiten wir Strategien/Konzepte und Massnahmen, setzen neue Strukturen, nachhaltige Kooperationen oder eine Fusion um. Wir arbeiten an einer wertorientierten Führung, effizienten Organisation und einem optimalen Personalmanagement.

Gemeinsam setzen wir uns mit der räumlichen Entwicklung Ihrer Gemeinde auseinander; mit einer weitsichtigen Ortsplanung, aktiven Bodenpolitik (u.a. Arealentwicklung und Verfahrensbegleitung) sowie Standort- und Wirtschaftsförderung werden neue Impulse dazu gegeben.

Ihre Immobilien richten wir nach der optimalsten Nutzung und Wirtschaftlichkeit (Kosten-Nutzen/Ertrag) aus und begleiten Sie bei Planungs- und Realisierungsprozessen, Transaktionen sowie Transformationen (Ersatz, Sanierung, Erweiterung etc.).



Bruno Marti
Architekt FH, Mitglied der
Geschäftsleitung der
MMC Partners GmbH

Ehemaliger Leiter
Hochbau/Planung bei der
Gemeinde Steffisburg

DIALOG⁶

Ihre Mitarbeitenden werden es lieben.



Wechseln Sie nicht mehr zwischen verschiedenen Programmen.

Wir bieten die integrierte Gesamtlösung.



Lassen Sie sich in Ihrer Mobilität nicht mehr einschränken.

Wir bieten maximale Geräteunabhängigkeit.



Fühlen Sie sich sicher und vertrauen Sie uns.

Wir tragen Sorge zu Ihren Daten.



Behalten Sie den Überblick.

Wir bieten eine moderne Benutzeroberfläche.



My Local Services

Die App für Gemeinden
und deren lokale Akteure.

